

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

27.9.1924 (No. 226)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. Erb,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreit. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, zwangsweiser Beilegung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Umterlagte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen.

* Zur Frage der Kabinetts-umbildung

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlichte am Donnerstag eine Entschließung, welche sich in dringender Weise für die Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts, für die Einbeziehung der Deutschnationalen ins Kabinett ausspricht, da man „zu der Annahme berechtigt sei, daß die Deutschnationale Volkspartei auch ihrerseits nunmehr die Durchführung der entstandenen Aufgaben mit sichern werde“.

Da in der Entschließung eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie infolge deren „absichtlicher Selbstauschaltung“ für die Deutsche Volkspartei offenbar nicht mehr in Betracht kommt, ist es faktisch nur eine rhetorische Phrase, wenn in der Entschließung gesagt wird, das „Ziel der Partei sei nicht die Schaffung eines Bürgerblocks, die leitende Idee sei vielmehr die Herbeiführung der Volksgemeinschaft“ Praktisch ist eben doch das, was die Deutsche Volkspartei wünscht und nunmehr in aller Form vorschlägt, die Bildung eines „Bürgerblocks“. Daß ein solcher „Bürgerblock“ die heftigste Opposition zum mindesten der Sozialdemokratie herbeirufen würde, das ist so klar, daß es sogar von einem Kinde eingesehen werden muß.

Die Entschließung betont zwar, das „deutsche Volk diese nicht in zwei Teile zerfallen, von denen der eine herrscht und befehlt, und der andere arbeitet und zahlt“, und es ist auch durchaus zu glauben, daß Stresemann und seine speziellen Gefinnungsgenossen in der Fraktion eine Kampfstellung gegenüber der Sozialdemokratie begehrt nicht wollen, aber das alles kann und wird den tatsächlichen Verlauf der Dinge kaum beeinflussen können: die Bildung eines „Bürgerblocks“ bzw. einer Rechtskoalition unter deutschnationaler Parteiflagge würde unser Volk in zwei Teile, die sich erbittert bekämpfen, zerreißen.

Nun geht die Entschließung allerdings von der Annahme aus, daß innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei der zur Mitübernahme der Verantwortung entschlossene Flügel die Oberhand bekommen wird. Und ganz sicher wird ja die Entschließung selbst in ihrer politischen Auswirkung den Parteitag der Deutschnationalen am kommenden Dienstag im Sinne der Auffassung dieses Flügels beeinflussen. Ob man heute aber wirklich schon davon sprechen kann, daß die Deutschnationalen zu einer ehrlichen, verantwortlichen Mitarbeit in der Reichsregierung bereit sind, das ist doch recht fraglich.

Die Deutschnationalen selbst werden am 30. Sept. diese Zweifel zerstreuen müssen. Entweder stellen sie sich in der Mehrheit tatsächlich auf den Standpunkt der Mittelpartei, dann werden sie damit nach dem Wortlaut der bekannten Erklärungen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums regierungstüchtig, oder aber, sie lehnen eine ehrliche Mitarbeit auf der Grundlage der bisherigen Regierungspolitik ab, dann ist die Idee des „Bürgerblocks“ einstreuen zu den Akten zu legen. Selbstverständlich bleibt auch nach der Ausweg eines faulen und im Grunde unehrlichen Kompromisses. Das wäre dann so ziemlich das Schlimmste, was uns innerpolitisch und außenpolitisch passieren könnte.

Würden sich die Deutschnationalen in ihrer Mehrheit zur bisherigen Politik der Reichsregierung bekennen, so würde das, vom staatspolitischen Standpunkt aus gesehen, ohne Zweifel einen Gewinn bedeuten und die Deutschnationale Volkspartei ganz von selbst zu einer Partei stem-peln, die im wesentlichen Mittelpartei ist. Es wäre das eine nachträgliche Rechtfertigung der bisherigen Regierungspolitik, wie sie glänzend garricht gedacht werden kann. Und Sache der übrigen Parteien wäre es dann schließlich, darauf zu achten, daß die Deutschnationalen nicht wieder in alte Fehler zurückfallen.

Sier aber ist die Klippe! Werden nicht Deutschnationale und Deutsche Volkspartei im Grunde eine Politik in-henieren, die, wenn sie auch zunächst formell den durch das Londoner Protokoll und die Dawesgesetze geschaffenen Anforderungen genügt, praktisch nichts anderes ist, als eine systematisch durchgeführte Reaktion auf wirtschaftlichem, sozialem und rein politischem Gebiet? Diese Ver-fürchtungen sind es wohl, die auch in den Kreisen der Deutschnationalen Partei und des Zentrums Verwirrung und infolgedessen Ablehnung des „Bürgerblocks“ hervorgerufen haben.

Das Reichskabinett wird sich ganz bestimmt noch vor Zusammentritt des Reichstags mit der ganzen Angelegenheit beschäftigen. Die Deutschnationalen haben inzwischen in Verantwortung der Entschließung der Deutschen Volkspartei eine Erklärung erlassen, die von neuem die Bereitschaft zur Teilnahme an der Regierung erkennen läßt, im übrigen aber die Entscheidung dem Parteitag am 30. September überläßt. Den Verlauf dieses Parteitages wird man also abzuwarten haben.

Die neue Reichsbahngesellschaft

Am heutigen Samstag findet in Berlin die konstituierende Sitzung des Verwaltungsrates der Reichsbahngesellschaft statt. In dieser Sitzung muß der Präsident der Gesellschaft mit Dreiviertelmehrheit gewählt werden. Nach dem Befehl muß der Präsident ferner ein Deutscher sein. Wie verlautet, ist für diesen Posten Staatssekretär a. D. Stieler in Aussicht genommen. Weiter ist vom Verwaltungsrat der stellvertretende Präsident und der zuständige Arbeitsausschuß, der aus sechs Personen besteht, zu ernennen. Auch der Generaldirektor, der ebenfalls Deutscher sein muß und mit Zweidrittel-Stimmenmehrheit zu wählen ist, wird in dieser Sitzung ernannt werden. Für diesen Posten ist dem Vernehmen nach der bisherige Reichsverkehrsminister Oeser in Aussicht genommen.

Nach der Satzung der neuen Reichsbahngesellschaft, die als Reichsgesetz erlassen ist, sind von den 18 Mitgliedern des Verwaltungsrates neun durch die Reichsregierung und neun durch den Reichsbahnerverband für die Eisenbahnobligationen zu ernennen. Es müssen erfahrene Kenner des Wirtschaftens und Eisenbahnwesens sein. Sie dürfen nicht Mitglieder eines deutschen Parlaments oder einer deutschen Regierung sein. — Das Reichskabinett hat folgende Persönlichkeiten berufen: Geh. Kommerzienrat Henrich Berlin, Oberpräsident a. D. v. Batocki-Oppreuthen, Prof. Dr. Ing. Altmann-Gannover, Ministerpräsident a. D. Reichshauptmann Kauf-Bresden, Staatssekretär a. D. im Reichsfinanzministerium David Fischer-Berlin, Reichseisenbahndirektionspräsident a. D. Dr. Vilus v. Hertel-Augsbudg, Geh. Kommerzienrat Peter Ködner-Duisburg, Generaldirektor Dr. Ott-Sölin, Dr. Ing. Karl Friedrich v. Siemens-Berlin.

Seitens des Reichsbahners für die Eisenbahnobligationen, Herrn Delacour, sind an deutschen Persönlichkeiten berufen worden: Staatssekretär a. D. Bergmann, Geh. Kommerzienrat Dr. Oskar v. Müller-München, Handelskammerpräsident Münchener-Hamburg, Präsident des Eisenbahngeneralrats a. D. Carre-Berlin, Staatssekretär a. D. im Reichsverkehrsministerium Stieler-Thüringen und an auswärtigen Mitgliedern Sir William Ashworth in Anderwood-in-Exeter, Giuseppe Bianchini-Parland, Jules Jobot-Brüssel, Maurice Margot-Paris. — Der Verwaltungsrat wird am 27. September seine erste Sitzung abhalten.

Die am Freitag im Reichsverkehrsministerium zu Berlin mit den Eisenbahnerorganisationen begangenen Lohnbesprechungen führten noch zu keinem Abschluß. Auch die Beamten-schleichenverbände sind an das Reichsverkehrsministerium herangetreten mit der Bitte, um Verhandlungen über Fragen der Stellenbesetzung und namentlich über die Aufstellung in höhere Beamtenstellen vor Beendigung der Umbildung der Reichsbahnen.

Die Übergabe der Regiebahnen
W.W. Paris, 27. Sept. Wie das „Echo de Paris“ aus Mainz berichtet, wird die Strecke Witten-Gießen demnächst dem Organisationskomitee der Reichsbahngesellschaft übergeben und 10 Tage später endgültig in die deutsche Verwaltung übergehen.

Die deutschen Reparationsleistungen
W.W. Paris, 26. Sept. Die Reparationskommission hat heute vormittag in Anwesenheit des Vertreters des Agenten für die Reparationszahlungen, Owen Young, der selbst augen-blicklich in London weilt, über das Budget für die Reparationszahlungen für die Monate September und Oktober beraten. Die Repko hat für den Monat September die Höhe der Kohlenlieferungen um 10 Proz. ermäßigt und gleichzeitig bestimmt, daß der verlangte Preis für Kohlen um 10 Proz. und für Stroh um 8 Proz. herabgesetzt wird. Es ist ferner bestimmt worden, daß die französisch-belgische Eisenbahnregie, deren Meinertrag der Reparationsklasse übergeben wird, 11 Goldmark für die Tonne Kohle bezahlt. Das Kohlenlieferungsprogramm für den Monat Oktober soll einer späteren Sitzung vorbehalten werden.

Die Amnestie
W.W. Berlin, 26. Sept. Nach Mitteilung der französischen Regierung sind in Ausführung der Londoner Vereinbarungen über die Amnestie bis zum 19. September von französischer Seite 1001 schwabende Verurteilten niedergebunden und 300 Straf- und Untersuchungsgesangene in Freiheit gesetzt worden.

W.W. Paris, 27. Sept. Wie das „Echo de Paris“ aus Mainz berichtet, hat die Rheinlandkommission gestern beschlos-sen, das Verbot von 15 deutschen Zeitungen im besetzten Gebiet zurückzunehmen.

Politische Neuigkeiten

Deutscher Protest gegen die französische Reparationsabgabe

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat der französischen Regierung eine Note betreffend die 26prozentige Exportabgabe überreicht, die Frankreich mit Wirkung vom 1. Oktober ab nach dem Vorbild der englischen Reparationsabgabe, erheben will.

In der deutschen Note heißt es, daß die deutsche Regierung bereit sei, für die Übergangszeit in gleicher Weise wie beim German Reparationsakt mitzuwirken, wenn und insofern sie von dem Generalagenten für die Reparationslieferungen die Zusicherung erhält, daß er den von ihm geschätzten monatlichen Ertrag anrechnet und die Aufwände einschließlich des noch näher zu vereinbarenden Prozentsatzes für die Verwaltungskosten vergütet. Die deutsche Regierung kann indessen ihr Bedauern nicht unterdrücken, daß die französische Regierung, ohne sich vorher mit der deutschen Regierung ins Benehmen zu setzen, beschlossen hat, innerhalb der kurzen Frist von 10 Tagen eine Maßnahme in Kraft zu setzen, die in ihrer Auswirkung eine starke Behinderung für den französisch-deutschen Warenaustausch bedeutet. Was nun die Forderung der französischen Regierung auf eine Exportabgabe nach Ablauf der Übergangsperiode und damit die grundsätzliche Seite der Frage betrifft, so steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß das Sachverständigengutachten, das nach den Londoner Vereinbarungen die Grundlage für die jetzige Reparationsregelung bildet, neben Großbritannien, das infolge der Sachstelsungen eine Sonderstellung einnimmt, nicht auch den anderen reparationsberechtigten alliierten Staaten das Recht zu einem Reparations-Recoverpact und ähnlichen Maßnahmen zubilligen sollte. Die schematische Vornahme von 26 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr führt zu dem Ergebnis, daß die in Durchführung der Grundzüge des Sachverständigen-gutachtens zum Schutze der deutschen Währung vorge-schene unmittelbare und entscheidende Mitwirkung des Trans-ferkomitees dabei ausgeschlossen wird. Damit wird die Abgabe zu einer reinen und unkontrollierten Devisenzahlung mit allen ihren nachteiligen Folgen für die deutsche Währung. Abgesehen von diesen Bedenken würde die Einführung und Erhebung einer Abgabe von der Einfuhr durch weitere reparationsberechtigte Staaten auch eine unerträgliche Sonderleistung und Diskriminierung des deutschen Handels bedeuten und auch in dieser Hinsicht in Widerspruch mit dem im Sachverständigengutachten nieder-gelagerten Grundsatz stehen, daß der deutsche Handel frei und ungehindert sein soll.

Da die Absicht der französischen Regierung in erster Linie die Frage der Übertragung von Reparationszahlungen und das nach 4a der Anlage 6 zu dem Dawesgutachten aufzustellende Programm berührt, schlägt die deutsche Regierung vor, vor weiteren Verhandlungen über die Frage der Exportabgabe nach der Übergangszeit ein Gutachten des Transferkomitees einzuholen. Sie läßt daher zur Beschleunigung der Angelegenheit dem Generalagenten für die Reparationszahlungen gleich-zeitig eine Abschrift des vorliegenden Schriftwechsels zur Kenntnisnahme zugehen.

Die Aufwertung

Inr Unterausschuß des Aufwertungsausschusses des Reichstages wurden am Freitag die Verhandlungen fortgesetzt über die Frage, inwiefern die Wiederaufnahme der Verzinsung der Anleihen von Ländern und Gemeinden möglich sei.

Der Abg. Fleischer (Str.) legte einen Antrag vor, wonach die Mittel für die Wiederaufnahme des Zinsendienstes durch die Besteuerung einer gewissen Spekulation aufgebracht werden sollen. Der Abg. Dernburg (Dem.) beantragte, daß zur Dotierung des zu bildenden sozialen Fonds die mit leistungsfähigen Gewerbebetrieben ausgestatteten Gemeinden im Ge-sehenswege heranzuziehen seien.

Der Reichsfinanzminister wandte sich gegen die Auffassung, daß aus dem jetzigen Zustand der Gemeindefinanzen, beson-ders aus ausgesprochen günstigen Verhältnissen bestimmter Gemeinden der Schluß zu ziehen sei, die Gesamtheit der Ge-meinden befände sich auf die Dauer in einer so günstigen Lage, daß bei ihren Anleihen eine grundsätzliche Aufwertung stattfinden könne. Die bewartige Finanzlage der Gemein-den beruhe auf dem Finanzausgleich und auf der Höhe der ihnen überwiesenen Steuern. Welche Gestalt der Finanzaus-gleich künftig annehmen werde, könne heute niemand sa-gen. Deshalb sei auch die Frage, ob die Gemeinden zu ir-gend welchen Leistungen herangezogen werden können, weil ihre Anleihen zum Teil für gewerbliche Zwecke verwendet würden, nicht spruchreif. Aberhaupt müsse zuvor bei richtiger Beurteilung der ganzen Frage die künftige Steuergesetz-gung abgewartet werden.

Eine französische Stimme zur Schuldfrage

W.W. Paris, 25. Sept. M. Marguerite setzt im „Peuple“ sei-nen Feldzug in der Kriegsschuldfrage fort: Er schreibt, der deutsche Kanzler, wie alle seine Vorgänger, erkläre, daß das einseitige Schuldbekenntnis Deutschland mit Gewalt entris-sen worden sei. Das Reich erkenne den deutschen Imperialismus und den preußischen Militarismus als einen Teil der Kriegs-verantwortlichkeit an, aber als einen gleich großen Teil der Verantwortung, wie ihn der russische Imperialismus und der französische Chauvinismus zu tragen hätten. Die deutschen Historiker und das deutsche Volk erklärten, man könne nur, nachdem diese Wahrheit festgestellt sei, in den Völkerverbund ein-treten. Dort wollten sie, den Kopf hoch und ohne eine unge-rechte Demütigung und einen geheimen Abwandsgeanken im Herzen, leben können. Im übrigen aber unterwürfen sie sich

den gerechten Reparationsforderungen. Marguerite fährt alsdann fort: Versuchen wir doch, gerecht und logisch zu sein. Daß Wilhelm II. ungestraft geblieben ist, erklärt sich daraus, daß seine Richter kein ruhiges Gewissen haben, weil sie wissen, daß der Kaiser und sein Kanzler nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers sich bemühten, den Frieden zu erhalten und das kriegsreiche Österreich im Zaume zu halten. Der Beweis ist erbracht durch die Archive, die Deutschland, Österreich und Rußland nach den Revolutionen geöffnet haben. Der Beweis ist historisch unantastbar erbracht, daß die, die wirklich den Krieg gewollt und ihn effektiv entfesselt haben, sind: Der schwache Zar und der wilde Poincaré.

Dr. Wirth gegen Bürgerblock und Rechtskoalition

In einer persönlichen Stellungnahme zur politischen Lage behandelte der frühere Reichskanzler Dr. Wirth die jetzt in den Vordergrund tretende Möglichkeit eines Bürgerblocks oder einer Rechtskoalition. Herr Dr. Wirth kommt am Ende seiner Betrachtungen zu folgender Auslassung:

„Eine Regierung, in welcher die Rechte führt, oder in der sie einen Einfluß ausübt, kann unser Vertrauen nicht finden. Diese klare und eindeutige Stellungnahme stützt sich nicht lediglich auf den Wunsch und den festen Willen, die neue Staatsform zu sichern und sie durch Übergabe wichtiger Ministerien an die Rechte nicht auslöschen und gefährden zu lassen. Sie findet vielmehr ihren Ausgangspunkt und ihre Stütze in der Überzeugung, daß eine Rechtskoalition unserer außenpolitischen Lage überhaupt nicht gerecht werden kann. Wie oft ist in den letzten zwei Jahren aus der Mitte her der Satz vom Primat der auswärtigen vor der inneren Politik betont worden. Dieser Satz ist von Bismarck in seinen Geschichtswerken dem deutschen Volke gelehrt und von Bismarck in seiner Realpolitik praktisch vorgelegt worden. Soll das aber der deutschen Politik letzter Schluß im November dieses Jahres werden, daß denjenigen politischen Kräften in Deutschland, die seit der großen Katastrophe des deutschen Volkes nur nützlich, nur kritisch, ohne auch nur die flüchtige Sabotage übten, jetzt wegen einer politischen Halbheit, um die Auflösung des Reichstages zu vermeiden, einen maßgebenden Einfluß im Reich wie in den Ländern zugewiesen werden? Man bleibe uns weg mit solchen Zumutungen!“

Volkspartei und Deutschnationale

Zur Entscheidung des Fraktionsvorstandes der Deutsch. Volkspartei über die Regierungserweiterung erklärt die Verl. „Zeit“, daß die in der Presse aufgetauchte Behauptung, dem Beschluß des Fraktionsvorstandes seien schwere Meinungskämpfe vorausgegangen, unrichtig sei. Der Beschluß sei in aller Einmütigkeit gefaßt und der Fraktionsvorstand hätte seine Beratungen bereits am Mittwochabend abgeschlossen. Man habe mit der Veröffentlichung der Entscheidung nur deshalb bis zum nächsten Tag gewartet, weil man es für ein Gebot der Loyalität gehalten habe, zuvor den Reichskanzler und die Koalitionsparteien von dem geplanten Schritt zu unterrichten.

Anlässlich des Bezirksparteitages der Deutschen Volkspartei in Berlin hielt der frühere Reichswirtschaftsminister Kaumer im Bürgeraal des Rathauses eine Rede, in der er u. a. auf die Frage der Einziehung der Deutschnationalen zur Regierung einging und dazu erklärte: Wir können keine starke Innen- und Außenpolitik treiben, wenn große und die besten Teile des Volkes, darunter fast die ganze Landwirtschaft, dauernd in der Opposition stehen. Wir wollen mit der Einziehung der Deutschnationalen uns nicht ändern. Das, worauf wir uns einigen, ist unsere Politik. Die Bezeichnung „Bürgerblock“ ist irreführend. Ich sehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Sozialdemokratie zu jenen Parteien zu rechnen ist, mit denen man nie wieder zusammenarbeiten kann. Wir würden es begrüßen, wenn der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft sich noch einmal bewirklichen würde. Nicht einen Bürgerblock wollen wir schaffen, sondern einen Block, der alle schaffenden Stände umfaßt und alle, die positiv zum Staate und zur jetzigen Wirtschaftsordnung stehen. Solange aber eine Partei die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung bekämpft, kann sie nicht an ihrem Wiederaufbau arbeiten. Kaumer mahnte unter lebhaftem Beifall der Versammlung, den führenden Parteimitgliedern in der Reichsregierung das Vertrauen zu erhalten.

Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Vertreterversammlung vom 25. September gibt der Erwartung Ausdruck, daß, wie im Reich, so auch in Preußen, baldigst eine Umbildung der Regierung in der Weise vollzogen wird, daß auch die Deutschnationale Volkspartei zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen wird. Die Versammlung vertraut darauf, daß die Mitglieder der Deutschen Volkspartei im Reichsministerium bei der schwerwiegenden Entscheidung in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund die nationalen und wirtschaftlichen Interessen unseres Volkes zu wahren wissen werden.“

Der Steuerauschuß des Reichstages nahm einen Antrag Fehrenbach an, der die Reichsregierung ersucht, zur Bewertung des landwirtschaftlichen Grundvermögens für die Vermögenssteuer für eine einheitliche und gerechte Bildung der Ertragsklassen und Einreihung der Grundstücke in diese Klassen sowie für eine dem tatsächlichen Ertrage entsprechende Festsetzung der Rahmenhöhe geeignete Maßnahmen zu treffen und mit denjenigen Ländern, welche die Steuer nach dem Grundvermögen erheben, Verhandlungen zwecks gleichmäßiger Veranlagung herbeizuführen. Eine weitere Sitzung des Steuerauschußes ist vor dem Zusammentreten des Plenums nicht in Aussicht genommen.

Gegen den Paktzwang. Heute Samstag tritt in Mailand ein internationaler Verkehrskongreß zusammen, der für die Aufhebung des Paktzwanges und aller diesbezüglicher Formalitäten im internationalen Reiseverkehr eintreten wird. Es soll vorgeschlagen werden, an Stelle des Passes einen amtlichen Identitätsausweis treten zu lassen. Der Kongreß wird sich ferner mit der Zollrevision im Reiseverkehr und mit der Ausstellung der Ausweise für Automobilfahrer von Staat zu Staat beschäftigen.

Kurze Nachrichten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den 24. Sept. auf das 1,17fache der Vorkriegszeit, gegen 1,16fache in der Vorwoche. Demnach ist eine Steigerung um 0,9 Prozent zu verzeichnen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Laut „N. Z.“ reist die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich unter Führung des Staatssekretärs Trendelenburg am Montag nach Paris ab.

Reichspostminister Ostle, der in Wien zum Studium des Volkspostwesens weilte, besuchte am Freitag den Handelsminister Dr. Schurrff und den Bundeskanzler Seipel und überbrachte die Grüße des Reichskanzlers. Mit dem Bundeskanzler hatte er eine längere Unterredung.

Der Abbau Leinerts. Das Bürgerbörse-Kollegium in Hannover faßte in einer vertraulichen Sitzung auf Antrag der Fraktion „Ordnungsblock“ einen Beschluß, wonach der Oberbürgermeister Leinert gemäß der Abbauperordnung in den einseitigen Ruhestand zu versetzen und aufzufordern ist, binnen sieben Tagen seine Äußerung beim Kollegium einzureichen.

Der katholische Religionsunterricht in Elsaß-Lothringen. Wie der „Petit Parisien“ melden zu können glaubt, schlug Derriot für Elsaß-Lothringen vor, den Priestern ohne Gegenwart von Lehrern nach Beendigung des Schulunterrichts die Erteilung von Religionsunterricht zu gestatten. Es soll den Eltern freigestellt werden, ob sie ihre Kinder an diesem Unterricht teilnehmen lassen wollen oder nicht.

Die Aiche Jaurès wird nach einer Meldung aus Paris am 23. November ins Pantheon übergeführt.

Badischer Teil

Begnadigung

Das Staatsministerium hat, wie die Presseabteilung der badischen Regierung mitteilt, auf den Vortrag des Justizministeriums beschloffen, den Georg Jakob Rea von Weinheim, der wegen der am 14. Dezember 1923 in Weinheim verübten Ermordung der Elisabeth Kadel vom Schwurgericht Mannheim zum Tode verurteilt worden war, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe zu begnadigen.

Evang. Landesynode

Am Dienstag, den 30. September, wird die Evang. Landesynode, wie schon gemeldet, in Karlsruhe zu einer ordentlichen Tagung zusammenzutreten. Ein Eröffnungsgottesdienst wird vormittags 10 Uhr in der Schloßkirche stattfinden; Geh. Oberkirchenrat D. Mayer wird die Predigt halten. Am 11½ Uhr wird die Synode im Sitzungssaal des Landtags (Ständehaus) eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen der Hauptbericht des Oberkirchenrates, Berichte verschiedener Ausschüsse, darunter der Katechismuskommmission, Beschlusfassung über vorläufige kirchliche Gesetze und ein Antrag des Pfarrervereins.

Badischer Städteverband

Der Vorstand des Badischen Städteverbandes hielt am 20. September ds. Js. in Offenburg eine Sitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Wals-Geibelberg, der Stadt Offenburg die Glückwünsche des Städteverbandes zu ihrer Befreiung von der französischen Besetzung aus. Aus der umfangreichen Tagesordnung sind — wie uns geschrieben wird — die folgenden Gegenstände hervorgehoben:

Die Einnahmen aus der Gebäudesondersteuer entsprechen nicht den Erwartungen. Sie betragen teilweise nur 60 Prozent des Steuerjolls. Die in § 11 Abs. 2 des Gesetzes vorgesehene Ausgleichung sollte daher nicht erst zum Jahresabschluss, sondern in kürzeren Zeitabschnitten zulässig sein. Die Absicht des Reichsfinanzministers, die für die Reichsvermögenssteuer maßgebenden Grundvermögenswerte auch der Veranlagung der Grund- und Gebäudesteuern des Landes zugrunde zu legen, ist vorerst im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse in Baden nicht durchführbar. Die derzeitige Regelung der Waldsteuerwerte im § 16 Abs. 2 des Grund- und Gewerbeversteuergesetzes bedarf einer Änderung; der zurzeit vorgesehene Höchstbetrag des Steuerwertes pro Hektar Wald von 8500 Goldmark ist zu hoch. Er muß entsprechend herabgesetzt werden. Mit einer Aufhebung des für die Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern zugelassenen Verfahrens der Einbehaltung der Lohnsteuerabzüge als Abschlag auf die Reichssteueranteile können sich die Städte nach wie vor nicht einverstanden erklären.

Die Stadtschulräte und Rektoren im Sinne der Personalabbauperordnung vom 17. März 1924 erleiden teils Angelegenheiten schulpflichtiger Art, teils Angelegenheiten der Schulpflege. Die Zuständigkeiten auf dem Gebiete der Schulpflege werden im Benehmen mit den Stadtverwaltungen geregelt. Der Vorstand vertritt die Ansicht, daß die Stadtschulräte bezgl. Rektoren auf dem Gebiete der Schulpflege Ausführungsorgane der Stadtverwaltungen sind. Die Grundfragen für die mit dem Ministerium abzuschließenden Vereinbarungen werden durchgesprochen und festgelegt. Der persönliche Aufwand für die Dozentenstellen muß vom Staate ganz getragen werden, da die Dozenten im Schulgesetz vorgesehene Schulverwaltungsbeamte sind. Der Entwurf einer Verordnung über die Handelsschulen wird an einen Schulausschuß zur Prüfung verwiesen. Den Städten wird empfohlen, für die übergesetzlichen Lehrstellen an den Volksschulen das Verhältnis der planmäßigen zu den außerplanmäßigen auf 4 : 1 festzulegen nachdem das Unterrichtsministerium für die gesetzlichen Lehrstellen das gleiche Verhältnis vorgesehene hat. Die Regierung soll erneut ersucht werden, den Feuerwehrlenten, die sich in Ausübung des Dienstes eine Erkrankung oder einen Unfall zuziehen, einen Rechtsanspruch auf Versorgung durch die Feuerwehrunterstützungskasse zuzugestehen.

Obstverwertung Rossbach

Die Tagung des Bezirksobstbauvereins am Sonntag, den 21. September in Osterburken brachte — wie uns geschrieben wird — den Abschluß einer wichtigen Entwicklungsstufe in der ganzen Obstproduktion des bad. Hinterlandes. Durch Zusammenfassung der einzelnen Bezirksverbände in einen Kreisobstbauverein ist man dem Beispiel der Obstzüchter der bad. Seckreise gefolgt und hat durch Gründung einer Obstverwertung wirtschaftliche Aufgaben zu lösen versucht, die in den Jahren der Nachkriegszeit und in der alles verzehrenden Inflation über die Grenze eines frommen Wunsches nicht herauskommen. Mangel an Absatz und unrichtige Verteilung der Obsternten brachte jene Spannung zwischen Produzenten und Konsumentenpreis, die jede Freude an der Arbeit und Leistung des gefündelsten aller Volksnahrungsmittel nahm. Obstbauinspektor Weller hatte durch seine Lehr- und Vortragstätigkeit für Kulturmaßnahmen, wie sie den Bedürfnissen unserer Zeit entsprechen, das Verständnis und Interesse wach gehalten. Die Vorstandsschöft und Bezirksverbände trugen den Gedanken der Notwendigkeit des Zusammenstehens und eines genossenschaftlichen Zusammengehens weit in ihre Reihen hinein und fanden dort bald ein Echo.

Da erhielten durch Eingreifen und praktische Unterstützung der Kreisverwaltung und ihres Vorsitzenden Bürgermeister a. D. Reuz und Kreisverwaltungsdirektor Beith all diese Gedanken und Wünsche ihre praktische Auswertung. Damit hatte die Neugründung der Obstverwertung eine Bedeutung über die Vereinsgrenze hinaus erhalten. Es ist gleichzeitig ein Appell an die Obstzüchter, die bis heute den Anschluß an die auf dem Obstbaugelände bis jetzt allein bestehende Fachorganisation noch nicht finden konnten, dies nachzuholen. Der

Kreisverwaltung mußte in erster Linie daran liegen, die obströmteren Bezirke des Kreises mit dem Überschuss aus den gesegneten Bezirke zu versorgen.

Das durch sein Aroma und seine erfrischenden Säuren bekannte Obst des Kreises Rossbach, das durchweg auf Kalkboden reift, soll solange innerhalb dieser Grenze Verwendung finden, als Bedarf vorhanden ist. Auf der anderen Seite besteht aber die Möglichkeit, die Städte direkt zu beliefern. Die Spannung von Konsumenten- und Erzeugerpreis wird sich verringern, so daß beide Teile zufrieden sein können. Jedes Mitglied des Kreisobstbauvereins wird sein Obst restlos zur Verfügung stellen und dadurch wird es der Obstverwertung möglich sein, sehr bald ein genaues Bild über Bedarf und Vorrat an Obst innerhalb des Kreises Rossbach zu erlangen und eine glatte Verteilung und Ausgleich auf dem „hündelsten und kürzesten Wege rasch herbeizuführen. Mit der Durchführung der Geschäfte wurde Landwirtschaftslehrer Dr. Randwehr, Kreisverwaltungsgebäude Rossbach — Telefon Nr. 137 — betraut.

Das Denkmal für Ludwig Frant

DZ. Mannheim, 27. Oktober. Die Veranlassung zum großen Republikanischen Tag in Mannheim ist bekanntlich die Einweihung des Denkmals für Ludwig Frant. Der Entwurf für dieses Denkmal, das schon weithin durch die eigenartige Form, den neuzeitlichen Geist auffällt, stammt von Architekt Arthur Lehmann-Mannheim, der mit diesem Werke einen schönen Beweis seines künstlerischen Könnens gegeben hat. Die Ausführung lag in den Händen des Bildhauers August Wötner, der das Denkmal an Ort und Stelle — auch hier ein Beispiel moderner Technik — in einem Stück gegossen hat.

Tagung für christliche Kunst in Freiburg

Die im Programm der 4. Tagung für christliche Kunst vorgesehenen Vorträge und Veranstaltungen nehmen ihren Fortgang. Die Vorträge am Mittwoch behandelten die Themen „Siedlungs- und Kerkirchen“ und „Friedhofskunst und Kerkirchen“. Am Nachmittag fand eine Führung durch die Stadt, eine Besichtigung des Museums, des Erzbischöflichen Diözesan-Museums und des städtischen Augustinermuseums statt. Am Abend wohnte die Versammlung der Festvorstellung des Schauspiel „Die Fische Gottes“ von Otto Veuel bei, worin das Motiv des Kampfes um die Erhaltung der Straßburger Münster während der Kämpfe und Wirren der französischen Revolution ergreifend behandelt ist. Die Auführung hinterließ bei den Besuchern sichtlich einen starken Eindruck.

Tagungen

Am Donnerstag, den 9. Oktober findet in Karlsruhe im großen Saale des Vereinshauses, Adlerstraße 23, die diesjährige Jahresversammlung des Badischen Wissenschaftlichen Kreises statt. Diesen Samstag findet im Europäischen Hof zu Heidelberg eine Verkehrs-konferenz zum Schutze der badischen Interessen auf der Linie Frankfurt-Baden-Wal und auf der Schwarzwaldbahn statt.

Genossenschaftliche Pferdeschauen

mit staatlicher Prämierung finden statt: am 3. Oktober in Nafstat, am 4. Oktober in Kirzegg, am 5. Oktober in Willstätt und am 7. Oktober in Schwelkingen, außerdem am 5. Oktober eine größere Pferdeschau in Forstheim. Schweineschauen werden veranstaltet am 30. Sept. in Seltzenheim und am 16. Oktober in Waldshut. Am 16. Oktober findet in Freiburg während der landwirtschaftlichen Herbstwoche ein Zuchtviertelmarkt statt.

Kommunale Rundschau

Der Geldverkehr mit der Mannheimer Sparkasse. Wie uns das Mannheimer Stadt. Nachrichtenamt berichtet, betrug bei der Mannheimer Städtischen Sparkasse in den 4 Wochen vom 18. August bis einschließlich 14. September d. J. die Zahl der Einlagen (Spar-, Scheck- und Giroverkehr) 4329 mit einem Betrag von 2 107 694,27 Mark. Die Zahl der Rückzahlungen belief sich in derselben Zeit auf 4689 mit einem Betrag von 1 684 973,91 Mark, so daß sich eine Mehrerlage von 422 720,36 Mk. ergab.

Die Zahl der Erwerbslosen in Mannheim. Wie uns das Mannheimer Stadt. Nachrichtenamt mitteilt, betrug am 16. September die Zahl der beim Arbeitsamt Mannheim gemeldeten Arbeitslosen 9727 (7429 männliche, 2298 weibliche). Da am 9. September die Zahl der Bewerberinnen auf 10 133 sich belief, ist ein Rückgang um 406 eingetreten.

Nach dem städtischen Voranschlag in Engen betragen die Einnahmen der Stadtgemeinde im Rechnungsjahr 1924/25 112 881 Mark und die Ausgaben 141 467 Mk. Der ungedeckte Aufwand erfordert eine Umlage von 48 Pfennig pro 100 Mk. vom Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens. Der Bürgerausschuß wird in seiner nächsten Sitzung über den Voranschlag beraten.

Der Stadtrat Offenburg hat die Aufnahme eines Darlehens von 25 000 Schweizer Franken auf Schuldloshin zum Zinsfuß von 5½ Prozent, auf ein Jahr fest, genehmigt. Dieses Darlehen soll von Seiten der Stadt zu Wohnungsbauten Verwendung finden.

Aus dem Konstanz Stadtrat. Nach den Anträgen des Reichs- und Marktschulusses soll die nächste Frühjahrsmesse verlegt und die bestehenden ortspolitischen Vorschriften, wonach die Messe von einem Sonntag bis einschließlich den folgenden Sonntag dauert, wieder in Kraft gesetzt werden. Am Montag der Herbstmesse, die vom 19. bis 26. Oktober hier abgehalten wird, wird wie früher, ein Preiselmarkt abgehalten. — In der Zeit vom 1. bis 4. Oktober 1924 findet in Konstanz eine Ausstellung „Das Rheinischschiff und des Rheines Schönheiten“ statt. — Die Zahl der Erwerbslosen beträgt jetzt 80 und hat gegenüber der Vorwoche um 6 zugenommen.

Der Bürgerausschuß Staufen genehmigte den Voranschlag für das Jahr 1924/25 der an Einnahmen 112 780 Mk. und an Ausgaben 155 080 Mk. vorlieht. Der durch Umlage zu bedeckende Betrag beläuft sich somit auf 42 300 Mk. Zu seiner Aufbringung ist eine Umlage von 60 Pf. erforderlich.

Die Verkehrs-konferenz für die Interessen der Rheintal- und Schwarzwaldbahn, die am heutigen Samstag in Heidelberg stattfinden sollte, wurde am 11. Oktober verschoben. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe ist im gegenwärtigen Augenblick verhindert, an der Tagung teilzunehmen.

Versammlung der Oberhein-Gemeindevertreter. Die Stadt- und Gemeindevertreter der Oberheinlieger-Gemeinden Baden-see-Wal werden am kommenden Sonntag, den 28. September in Waldshut eine Hauptversammlung abhalten.

Zum Leiter des Sädinger Gas- und Elektrizitätswerks wurde vom Gemeinderat Herr Matt gewählt.

Aus der Landeshauptstadt

Die große badische landwirtschaftliche Landesausstellung in Karlsruhe, die noch bis zum Montag währen wird, verdient nicht nur das Interesse des Landwirts, sondern auch der Städte findet dort außerordentlich Vieles zu seiner Belehrung und Unterhaltung. Gaben sich doch Wissenschaft und Technik, hier vor allem die Chemie, dort der Maschinenbau, immer mehr in den Dienst der Landwirtschaft gestellt. Und von Jahr zu Jahr werden Fortschritte gemacht, denen leider unsere badische Kleinwirtschaft nicht so hat folgen können, wie die Landwirtschaft in anderen deutschen Gauen. Daß aber auch der kleinste Betrieb, vor allem auf dem Gebiet der künstlichen Düngung, dort manches findet, was ihm zum Nutzen gereicht, kann herborgehoben werden. Viel mehr natürlich der bei uns in Süddeutschland so wichtige mittlere Betrieb, der immer mehr zur billigen und wirtschaftlich arbeitenden Maschine greift. Der Motor ist nicht nur daran, das Pferd immer mehr aus den Straßen der Stadt zu verdrängen, er macht auch auf dem Lande immer größere Fortschritte. So sind die auf der Ausstellung vorgeführten Traktoren nicht nur in vielseitigster Weise für die Feldbearbeitung zu verwenden, sie bringen auch die Ernte ein und liefern Kraft zum Dreschen usw. Die Darstellung der künstlichen Düngemittelfabrikation im Verein mit den Darstellungen und Versuchen der Landwirtschaftskammer ist auf dieser Ausstellung sehr lehrreich vertreten. Nicht nur die Zusammensetzung und Anwendung der mannigfachen Düngemittel sehen wir, auch an ihren Früchten können wir sie erkennen. Gut vertreten ist auch die Verwendung der landwirtschaftlichen Produkte, die Mühlenindustrie, die Kellerei, die Fisch- und Gansbeurteilung usw. Jedem, der noch nicht diese umfangreiche und großartige Schau besucht hat, ist der Besuch dringend zu empfehlen.

Shallotens letzte Südpolarexpedition 1914/16, von der man, da sie ja in den Krieg fiel, wenig gehört hat, wird uns in einem außerordentlich interessanten und schönen Film mit grandiosen Naturaufnahmen in den Badischen Lichtspielen im Konzerthaus vorgeführt. Es sind die Fahrten mit dem Treibeis im Weddellsee der Unterang des Expeditionsschiffes, die Rettung auf Schlitzen nach der Elefantenzufuhr, das Leben der dortigen südpolaren Tierwelt u. v. a., was der Film bringt, alles an Ort und Stelle aufgenommen. Vorher gelang noch ein naturwissenschaftlicher Film „Intimes aus dem Leben der Weinbergsgemeinde“ zur Vorführung.

Fliegerbesuch in Karlsruhe. Nachdem es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen ist, den Flug des neuen für Amerika bestimmten Zeppelin-Luftschiffes über Karlsruhe zu leiten, wird nunmehr Karlsruhe am nächsten Dienstag das Schauspiel haben, eine Reihe von Flugzeugen auf einer Zwischenlandung hier zu begründen. Es sind dies die sogenannten „Hess-Flieger“, das heißt die Flieger, die an dem großen deutschen Luftwettbewerb in der Zeit vom 28.-30. d. M. teilnehmen. Der Veranstalter dieses Fluges ist der Bund Hessischer Flieger in Darmstadt und der Verein für Luftfahrt in Darmstadt. Zweck der Veranstaltung ist ein Vergleichsfliegen von deutschen Klein- und Sportflugzeugen. Der Wettbewerb beginnt am 28. d. M. in Darmstadt und führt über die Stappensflugplätze Frankfurt a. M., Würzburg-Fürth, Stuttgart-Karlsruhe und Mannheim. Der Fliegerbund Karlsruhe hat die sachmännliche Organisation der Etappe Karlsruhe für die Veranstalter des Wettbewerbs übernommen. Die Hess-Flieger werden am Dienstag, den 30. d. M. voraussichtlich in der Zeit zwischen 10 und 1 Uhr hier eintreffen und nach vorgeschriebener Zwischenlandung in der Richtung Mannheim weiterfliegen. Flugplatz ist der alte Gerzlerplatz Durlach, nordöstlich von Miltlach, Galtstettele Miltlachweg, an der Straßenbahnlinie Schlachthof-Durlach. Der Platz ist bekanntlich seitens der Stadtgemeinde Durlach für Fliegerlandungen der Stadt Karlsruhe zur Verfügung gestellt worden. Er wird polizeilich abgesperrt werden. Für Bewirtung auf dem Platz wird gesorgt.

Motorraddamen im Wildpark. Das Bezirksamt erläßt in der heutigen Nummer eine Bekanntmachung betreffs des Motorraddamens im Wildpark am morgigen Sonntag. Es sei insbesondere auf das Verbot des Betretens des Waldes außerhalb der Wege, des Mitbringens von Hunden und des Befahrens von Bäumen, Schutzhütten usw., sowie auf das Strafmaß hingewiesen.

Eine bemerkenswerte Entscheidung fällt das hiesige große Schöffengericht. Wie in anderen Städten, so hatte auch die Karlsruher Schuhmacher-Zwangsinnung ihren Mitgliedern bei Strafe untersagt, den Marktpreis von 7,50 Mark für Herrenschuhe und Fleck öffentlich zu unterbieten. Darin erblickte die Staatsanwaltschaft eine gleichzeitige Wucherung und das Gericht gelangte zu der gleichen Auffassung. Der Obermeister der Innung wurde daher zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Landestheater. Wie bereits bekanntgegeben, singt infolge Erkrankung des Kammerjägers Rudolf Herr Billy Jillen von Leiziger Stadttheater in der Neuinszenierung des „Aheingold“ am Sonntag, den 28. d. M., die Partie des Lohengrin. Der allseitig geschätzte und verehrte Künstler darf diese Partie zu seinen allerbesten zählen. Es wird die Darstellung dieser interessanten Gestalt für das Karlsruher Publikum um so reizvoller sein, als der Künstler diese Partie bisher hier noch nie gesungen hat. — Durch eine Erkrankung der Herrn Heuser hat sich für das „Aheingold“ eine weitere Umgestaltung erforderlich gemacht, der zufolge Herr Kammerjäger Heuser die Partie des Donner übernommen hat. In den Neuinszenierungen von „Aheingold“ und „Walfüre“ singt Herr Walter Warth erstmalig die Partie des Wotan. — Infolge zwingender dienstlicher Hindernisse muß die auf Freitag, den 8. Oktober angekündigte Aufführung von Richard Strauß „Elektra“ verschoben werden. An diesem Tag wird Richard Wagner's „Fliegende Holländer“ zur Aufführung gelangen. Anfang 7½ Uhr. — Der sich abwechselnd beliebte und erfreuende „Mittlere Abend“ mit der einaktigen Komödie „Die Lustspielprobe“ nach Ulrich von der Trend und dem „Amphitryon“ nach Frits Rumpf geht am Montag, den 29. September zum vierten Male in Szene. Grillparzer's Lustspiel „Was dem der Lust“ kommt am Mittwoch, den 1. Oktober, zur dritten Aufführung. — Die „Kammerspiele im Künstlerhaus“ werden am Donnerstag, den 2. Oktober, mit der hiesigen Erstaufführung des Nachtstückes „Der Brand im Opernhaus“ von Georg Kaiser eröffnet. Im Landestheater erfolgt demnach, am Samstag, den 4. Oktober, die Erstaufführung der vieraktigen Komödie „Karawane“ von Max Noth, dem Verfasser der auch hier mit starkem Erfolg gegebenen „Amproben“ am 1. Juni. — Im Konzerthaus geht am Sonntag, den 5. Oktober, der lustige Schwank „Der Weiberbock“ von Otto Schwanitz und Carl Mathern zu vierten Male in Szene. Als nächste Operneuinszenierung befindet sich für Samstag, den 11. Oktober, „Salome“ von Richard Strauss mit der Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy in Vorbereitung. Die Dauer der Erkantung Felix Daumbach hat eine Änderung in der Verteilung der Regieaufgaben notwendig gemacht. Die Inszenierung von „Brand im Opernhaus“ leitet deshalb Friedrich Weug und die des „Sommernachtsstraums“ Robert Bierner.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Tauberbischofsheim, 28. Sept. In Rühbrunn konnte Altbürgermeister Wagner das Fest der goldenen Hochzeit feiern.

DZ. Mannheim, 28. Sept. Die Firma Benz beabsichtigt nach den Tagesgezeiten am Samstag 500 Arbeiter wegen Geldmangels zu entlassen. In einer Belegschaftsversammlung, die sich gestern mit der dadurch geschaffenen Lage befaßte, wurde eine Entschleunigung angenommen die gegen die Entlassung Einspruch erhebt und von der Direktion verlangt, daß sie alle Mittel anwendet, einschließlich der Arbeitsverfürgung, um die ganze Belegschaft über den Winter zu beschäftigen.

* Mannheim, 28. Sept. Das Amtsgericht Mannheim verhandelte auf Antrag des Vereins gegen das Bezeichnungswesen, Berlin, in der Strafsache gegen den Mineralölhändler Leo Notenstein in Frankfurt a. M. Notenstein hatte sich den Angestellten Karl Spielmann der Badischen Anilin- und Soda-fabrik durch Schmiergelder gefügig gemacht und sich durch Winkeln, welche ihm Spielmann gab, große Liebestellungen der Anilinfabrik verschafft. Nachdem das Reichsgericht ein frühere freisprechendes Urteil der Strafkammer Frankenthal aufgehoben hatte, verurteilte das Amtsgericht in Mannheim jetzt die beiden Angeklagten Notenstein und Spielmann wegen Bestechung zu je 3000 Goldmark Geldstrafe. Die von Spielmann empfangenen Schmiergelder wurden unter Aufwertung auf 8000 Goldmark als dem Staat verfallen erklärt.

DZ. Baden-Baden, 28. Sept. Die Zahl der Kurgäste hat bis jetzt die Zahl von rund 60 000 erreicht.

DZ. Gerolstein, 28. Sept. Gestern hat hier das Herbstfest begonnen. Das Festtagsspiel wird dieses Jahr recht verschieden ausfallen, sowohl nach Güte wie auch nach Menge. Einige Nebelgelände weisen trotz der unangünstigen nassen Witterung der Sommermonate einen mittleren bis guten Gehang von gefunden Trauben auf. Manche Nebelgüter lohnen jedoch kaum die Mühe des Herbstens.

DZ. Konstanz, 28. Sept. Die Arbeiterchaft der Seidenweberei Wolkmatingen (Robert Schwarzenbach) ist gestern mittag in den Ausstand getreten. Die Arbeiterchaft verlangt für die Arbeiter der Weberei bis zum zwanzigsten Lebensjahre 10 Proz., bis zum 24. Lebensjahre 20 Proz. und darüber hinaus 30 Proz. Lohnerhöhung. Von der Forderung der Weberei wurden diese Lohnforderungen nicht bewilligt.

Börsen und Märkte

Wochenschau nach dem Stande vom 25. Sept. 1924

Börse. Die Lustlosigkeit an der Börse hält weiter an. Die Stimmung am Anleihemarkt ist sehr schwach. Die Beratungen des inzwischen zusammengetretenen Anleiheauschusses fanden verschiedene Beurteilung. Man hoffte, daß wenigstens der nachweisbar „alle Weis“ eine entsprechende Aufwertung erfahren werde. Aber eine Erklärung der Reichsregierung, daß im jetzigen Augenblick eine Aufwertung oder auch nur eine geringe Verzinsung unmöglich sei, was sie an den kommenden Fiazahlen beweisen werde, ließ die Stimmung bedeutend abflauen und hatte eine Abbröckelung der Kurse zur Folge. Der Aktienmarkt gab trotz größerer Angebots nur leicht nach. Die durch die bisher bekannt gewordenen Goldmarkumstellungsvorschläge hervorgerufene mißmutige Stimmung hat einer günstigeren Beurteilung Platz gemacht, da man sie nur als Einzelercheinungen und nicht als Norm für künftige Umstellungen betrachtet.

Geldmarkt. Die Lage am Geldmarkt hat sich anläßlich des bevorstehenden Ultimos und des Quartalwechsels verfestigt. Die Verhandlungen über die 800-Millionen-Anleihe gehen nur langsam voran und werden sich voraussichtlich bis November hingehen. Besonders in England machen sich Widerstände bemerkbar, die ihren Hauptgrund in den Befürchtungen vor den kommenden französisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen haben. In Amerika erhoffte man von einem Eintritt Deutschlands in den Wollmarkt ein stärkeres Vertrauen in die politische Stabilität Deutschlands. Man nimmt an, daß die erfolglosen Eicherheiten, die die Anleihe bietet, einen günstigen Erfolg in Aussicht stellen. In Verfolg der Preisentwertung der Reichsregierung haben die Banken ihre Bedingungen in dieser Woche ermäßigt. Für Rentenmarkt- und Papiermarktvorschläge wird für das Jahr ein Normalfuß von 18 Prozent berechnet. Die Golddiskontbank ermäßigte den Diskont von 10 auf 8 Prozent. Die Befreiung überhöher Kreditprovisionen sowie die Herabsetzung von Wechseln bis zu drei Monate Laufzeit werden weiterhin zur Erleichterung des Geldmarktes beitragen.

Produktenmarkt. Die Preise auf dem Produktenmarkt behaupteten sich. Nur der Roggenpreis stieg weiter. Weizen und Roggen stehen jetzt über dem Stand vom Juli 1924. Die vergrößerte Einbringung der Kartoffelernte hatte ein leichtes Anziehen der Kartoffelpreise zur Folge. Heu und Stroh blieben mit 6 bzw. 5 Mark pro Doppelzentner unverändert. An der Berliner Produktenbörse notierten: Weizen 236 (unv.), Hafer 190 (minus 10), Sommergerste 250 (unv.), Futtergerste 219 (plus 10), Sommergerste 250 (unv.), Futtergerste 210 (unv.), Hafer 190 (minus 1) je pro Tonne und Mehl 35,25 (plus ¼) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die Warenpreise haben nur eine geringe Änderung erfahren. Die Preissteigerungen der letzten Wochen waren nur relative und gingen nicht über die internationalen Preisrückführungen hinaus. Die Großhandelsziffer erfuhr wiederum eine Erhöhung, beruht aber lediglich auf der Steigerung für solche Waren, deren Preise vom Weltmarkt entschieden werden. Auf dem Textilmarkt fand Baumwolle nach dem Preissturz der letzten Zeit eine leichte Erhöhung. Die Wärmung der Lederindustrie, nicht durch Überpannung der Rohhautpreise die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt ummäßig zu machen, verheißt ihre Wirkung nicht, so daß die Preisänderungen auf den Hautteuflonen sich in mäßigen Grenzen bewegen. Die erwarteten Preise wurden nicht verändert.

Riechmarkt. Auf dem Riechmarkt machte sich wieder eine rückläufige Bewegung bemerkbar, sonst ist die Lage wenig verändert.

Holzmarkt. Die Nachfrage am Holzmarkt hat sich gebessert, besonders auf dem Kadelstammholzmarkt.

Die Herabsetzung der Ruhrkohlenpreise. Die am Freitag stattgefundene Mitgliederversammlung der Ruhrkohle A.-G. in Essen befaßte sich mit der Preisfrage und beschloß eine Herabsetzung vom 1. Oktober ab, die sich im Durchschnitt der Gesamtlieferung auf etwa 10 Proz. stellt.

Schweizerisches Schladtviach-Einfuhrverbot. Infolge Einschleppung der Maul- und Klauenfeuche durch Schladtviach deutscher Herkunft hat das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement jede Einfuhr von Grob- und Kleinvieh aus Deutschland ab 26. September d. J. verboten. Nollene Transporte werden bis und mit dem 25. September in Basel am Badischen Bahnhof grenzübergänglich zur Abfertigung angenommen und sind zur Schladtung ausschließlich dem Schladtviach in Basel zuzuleiten. Der kleine Grenzverkehr wird vorläufig von diesem Verbot nicht betroffen.

Verschiedenes

Die große Probefahrt des Amerikazeppelins

hat Freitag abend ihr Abschluß gefunden. Das Luftschiff „Z. N. III“ kam abends 5 Uhr nach seiner 22stündigen Fernfahrt wieder über Friedrichshafen und machte in nur 50 Meter Höhe verschiedene Schleifenfahrten. Es konnte infolge der weftlichen Winde erst um 6.29 landen. Das Luftschiff wurde um 7.10 Uhr in die Halle gebracht. Vor der Landung stattete „Z. N. III“ noch Konstanz einen Besuch ab. In stolzem Flug beschrieb es mehrere prächtige Schleifen über der Stadt und brachte ihr seinen Gruß dar durch wiederholtes Neigen mit der Spitze. Trotz strömenden Regens standen tausende von Menschen auf den Straßen und Dächern, um dem Schiff zuzujubeln.

Die Rückfahrt von Berlin war noch vormittags angetreten worden. In Dresden traf das Luftschiff 11.45 in und führte mehrere Schleifenfahrten über der Stadt aus. Hof wurde 1.20 Uhr, Bayreuth 1.55 Uhr passiert; dort umflog des Luftschiff die Festspielhalle. Nachdem Rürnberg und Augsburg berührt worden waren, nahm der Luftkreuzer weftlichen Kurs und steuerte, ohne München zu berühren, in Richtung Ulm nach Friedrichshafen weiter.

Über 3700 Kilometer wurden ohne Zwischenlandung oder irgendwelchen Defekt zurückgelegt und dabei eine Stundengeschwindigkeit von über 110 Kilometer erzielt. Während einiger Stunden raste das Schiff sogar in einem Tempo von 125 Kilometer dahin. Zur selben Zeit kletterte es auf eine Höhe von über 2300 Meter. Es herrichten während der Fahrt alle Arten von Wetter: Sonnenschein, Regen, Nebel, Wind und sogar heftiger Sturm, nichts konnte dem Zeppelin etwas anhaben.

Der Termin der Amerikafahrt des „Z. N. III“ wird bereits in den nächsten Tagen besprochen werden. Man hofft, noch in den ersten Wochen des Oktober die Fahrt antreten zu können. Das Schiff ist jedenfalls klar zur Fahrt über den Atlantischen Ozean. Alle Teilnehmer an der Fahrt, insbesondere auch die amerikanische Prüfungskommission, sind einstimmig der Überzeugung, daß es dem Luftschiff möglich sein wird, ohne besondere Schwierigkeiten den Ozean zu überfliegen.

Das Verfahren gegen den Massenmörder Gaarmann

W. Hannover, 26. Sept. Der Massenmörder Gaarmann ist nach Abschluß der Beobachtung seines Geisteszustandes in Göttingen wieder nach Hannover übergeführt und im Gefängnis untergebracht worden. In der nächsten am 6. Oktober beginnenden Schwurgerichtstagung wird aber noch nicht gegen ihn verhandelt werden, sondern wahrscheinlich erst im November.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Verwaltungsinpektor Emil Gern beim Bezirksamt Mannheim zum Verwaltungsoberinspektor.

Planmäßig angestellt:

Oberin Marie Richter bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Berufen:

Verwaltungsobersekretär Karl Gadenjos beim Bezirksamt Offenburg zu jenem in Mannheim, Verwaltungsobersekretär Lothar Schweggenburger bei der Polizeidirektion Baden zum Bezirksamt Offenburg.

Justizministerium

Zugelassen als Rechtsanwält:

Die Gerichtsassessoren Dr. Hellmuth Dreifuß und Reinhold Frank beim Landgericht Karlsruhe und bei der Kammer für Handelsachen in Pforzheim mit dem Wohnsitz in Karlsruhe, Dr. Hans Gadenburg und Dr. Kurt Sels beim Landgericht Mannheim, Dr. August Lorch beim Amtsgericht Weinheim und gleichzeitig beim Landgericht Mannheim, Dr. Walter Kahn beim Landgericht Offenburg.

Ernannt:

Die Kanzeleihilfen Ludwig Weid beim Amtsgericht Eberbach, Adolf Feldheim beim Notariat Miltlach und Willi Kaufmann beim Männerzuchthaus Bruchsal zu Kanzeleffizienten; die Hilfsaufseher Ferdinand Rader, Ludwig Hellinger, Artur Hölle und Adolf Schürer beim Landesgefängnis Mannheim, Leopold Burget, Josef Erbader, Josef Pus, Kornel Karle, Richard Ludwig und Josef Schneider beim Landesgefängnis Freiburg, Josef Göginger, Josef Habermann, Josef Haungs und Franz Neuburger beim Männerzuchthaus Bruchsal, Friedrich Lieb beim Jugendgefängnis Bruchsal, Gregor Blatt beim Amtsgefängnis Mannheim, Friedrich Boll beim Amtsgefängnis Holzmarkt in Freiburg, Artur Denz beim Amtsgefängnis I Karlsruhe, August Füller und Wilhelm Schweiß beim Kreis- und Amtsgefängnis Konstanz, Heinrich Kramer beim Amtsgefängnis Durlach, Adolf Schnaiter beim Amtsgefängnis Heidelberg, Franz Stöhner beim Amtsgefängnis Lörrach, Wilhelm Schaff bei der Kolonie Ansbach, Karl Guth und Emil Hölle bei der Fürsorgeerziehungsanstalt Flehingen zu Aufsehern.

Berufen:

Staatsanwalt Friedrich Eichenauer bei der Staatsanwaltschaft Offenburg nach Freiburg.

Gerichtsdirektor Friedrich Gröner beim Amtsgericht Gengenbach als Justizinspektor zum Amtsgericht Karlsruhe, Justizinspektor Friedrich Weiser bei der Staatsanwaltschaft Waldshut zum Amtsgericht Waldshut, Justizobersekretär August Raderer beim Amtsgericht Waldshut zur Staatsanwaltschaft Waldshut; die Aufseher Karl Holz II beim Männerzuchthaus Bruchsal zum Kreis- und Amtsgefängnis Offenburg, Jakob Ganfert beim Kreis- und Amtsgefängnis Offenburg zum Amtsgefängnis Gillingen und August Ihle beim Amtsgefängnis I Karlsruhe zum Männerzuchthaus Bruchsal.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Oberlandesgerichtsrat Dr. Georg Schuberger und Landgerichtsdirektor Dr. Karl Maurer in Offenburg, dieser bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Dr.-Ing. Hans Thoma bei der „Mittleren Hsar“ A.-G. in München mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 zum ordentlichen Professor für elektrische Anlagen an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Professor Dr. Artur Kessner, Vorstand der Versuchsanstalt der Deutschen Maschinenfabrik A.-G. („Demag“) in Duisburg und Privatdozent an der Technischen Hochschule Berlin, zum ordentlichen Professor für mechanische Technologie und allgemeine Maschinenlehre an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, Diplom-Ingenieur Hans Kluge, Oberingenieur der Vulkanwerke Hamburg und Stettin A.-G., zum ordentlichen Professor für Maschinenbau an der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Not

der Aktionäre * Aktionärschutz

Aktionäre · Anteilhaber · Obligationäre
treten sofort bei dem

Aktionär-Verband: Zentrale Heidelberg

Zweig- und Beratungsstellen in Karlsruhe, München, Weimar,
Braunschweig, Hamburg-Wilna, Danzig und anderen Städten.

Verlangt Prospekt kostenlos vom

Aktionär-Verband e. V. Heidelberg

Zweig- und Beratungsstelle: Kaiserstraße 124a, R.-A. Dr. A. Sieglar.

Detektiv Institut
u. Privat-
Musikfibel
"Argus"
Mannheim
O. G. 6.
Planken 37
Fernspr. 3303
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Metallbetten
Stahlmatt., Kinderbett., direkt
an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Sulz (Zähr.).

Herrenstoffe
Herrentuchhaus
Herrenstraße 22

Kommunal - Darlehen
von 6-25 Jahren gegen Schuldschein à 8 1/2 p. A., nähere
Bedingungen zur Verfügung. Keine Vorposten, schnelle Er-
ledigung vieler Abschlüsse bereits perfekturiert. D. 611
C. L. Albrecht, Bankgeschäft, Berlin
Benderstraße 37, an Tiergartenstr. Telefon Lützow 126

Badisches Landestheater.
Beginn der Sonderwoche des Landestheaters während
der Karlsruher Herbstwoche.
Sonntag, 28. Sept. 7-9 1/2 Uhr. Sp. 18.-
Abonn. G 4. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6101-6200,
6401-6500

Gastspiel: Willy Zilken vom Stadttheater Leipzig.
Neueinstudiert und in neuer Inszenierung: Der Ring
des Nibelungen. Vorabend:

Das Rheingold.
Loge: Willy Zilken als Gast.

Spielplan vom 29. Sept. bis 4. Oktober:
Im Landestheater. Mo. 29.* Abonn. B 5.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6701-7200. Gleichzeitig Volks-
bühne Nr. 1. Molière-Abend. **Die Lustspielprobe.**
Hierauf: **Amphitryon.** 7 1/2. (Sp. I 4.80.) — Die 30.*
Ab. C 5. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 7301-7500, 7801-7900.
Neueinstudiert und in neuer Inszenierung: Der
Ring des Nibelungen. 1. Tag: **Die Walküre.** 5 1/2.
(Sp. I 7.-) — Mi. 1. Okt.* Abonn. A 5. Th.-Gem.
B.V.B. Nr. 1-200. Gleichzeitig Volksbühne Nr. 1.
Web dem, der lügt. 7 1/2. (Sp. I 4.80.) — Do. 2.* Ab. F 5.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 301-500. **Die neugierigen Frauen.**
7 1/2. (Sp. I 7.-) — Fr. 3.* Ab. D 5. Th.-Gem.
B.V.B. Nr. 1301-1500. **Der fliegende Holländer.** 7 1/2.
(Sp. I 7.-) — Sa. 4.* Abonn. E 5. Th.-Gem.
B.V.B. I. Sondergruppe. Zum erstmalig: **Die Kara-
wane.** Komödie in 4 Akten von Max Mohr. 7.
(Sp. I 4.80.) — So. 5. Gastspiel: Elisabeth Friedrich-
Frankfurt a. M., Maria Lorentz-Höllischer-Charlot-
tenburg, Kammeränger Robert Hutt-Berlin, Karl
Kamann-Nürnberg, Adolf Schöpflin-Dresden, Kam-
meränger Hermann Weil-New-York, musikalische
Leitung Wilhelm Franz Reuß-Charlottenburg, sämt-
liche geborene Karlsruher. **Lohengrin.** 5 1/2. (Sp. I
10.-) — Mo. 6. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4001-4400.
I. Sinfoniekonzert des Bad. Landestheaterorchesters.
Dirigent: Fritz Cortelezis. Solist: Max Pauer, Diri-
gent des Konservatoriums Leipzig. Zur Feier des
100. Geburtstages von Anton Bruckner: 5. Sinfonie,
ferner Werke von Beethoven. 7 1/2. (Sp. I 4.50.) —
Die 7.* Abonn. C. 6. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 201
bis 300, 501-600. Gleichzeitig Volksbühne Nr. 1.
Web dem, der lügt. 7 1/2. (Sp. I 4.80.)
Im Konzerthaus. So. 28. Sept. u. So. 5. Okt.
jeweils 8. **Der Meisterboxer.** 7. (Park I 3.80.)
Im Künstlerhaus. Kammerspiele. Do. 2. Okt.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3401-3700. Zum erstmalig:
Der Brand im Opernhaus. Ein Nachtstück in drei
Aufzügen von Georg Kaiser. 7 1/2. (Mk. 4.-, 3.-,
2.-).
Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und
Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von
Vorzugskarten am Samstag, den 27., nachmittags
1/4-5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer
Umtausch von Montag, den 29. an. Auslosung der
Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde
jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäfts-
stelle (9-1, 4-6 Uhr). D544

Konzerthaus Karlsruhe.
7-9 Uhr. Park I 3.80.
Der Meisterboxer.

LANDWIRTSCH. MASCHINEN-AUSSTELLUNG
KARLSRUHE
20-29. Sept. 1924



BADISCHE LANDWIRTSCHAFTSKAMMER

Täglich geöffnet von vormittags 9 bis 7 Uhr abends.

Heute Samstag, von 4 bis 10 Uhr (Bierzelt)
Lustiger-Abend
(Volkstümliches Konzert)

Kapelle der Vereinigung badischer Polizeimusiker
Dirigent: Herr Obermusikmeister HEISIG. D579

Samstag, Sonntag u. Montag, jeweils nachm. 4 Uhr, auf dem Festplatz
Große Feuerlöschprobe mit Totallöschapparat.

Vertreter für Karlsruhe u. Umgebung
für Cartonnagen, Papierwaren, Pappen,
Packpapiere, für Industrie und Detailge-
schäfte sofort gesucht.

Nur Herren, die nachweisbar gut eingeführt sind, wol-
len sich melden. Angebote unter D. 618 an die Expe-
dition der Karlsruher Zeitung.

**Die Veranstaltung eines Motor-
radrennens am 26. Septemb. 1924**

Führt das am **Sonntag, den 28. September 1924**
im ehem. Wildpark stattfindende **Motorradrennen**
wird folgendes angeordnet:

1. Die **Strasse Eggenstein-Hagsfeld** wird von vor-
mittags 7 Uhr an bis nach Schluß des Rennens für
jeden Durchgangsfahrzeugverkehr gesperrt.
2. Die **Heimstraße** selbst (Strasse Eggenstein-Hags-
feld) von der Kreuzung mit der Stutenfer Allee bis
Grabener Allee, Grabener Allee bis Hintzheimer Weg,
Hintzheimer Weg bis Stutenfer Allee, Stutenfer Allee
bis Strasse Eggenstein-Hagsfeld) wird von 8 Uhr vor-
mittags an für jeglichen Verkehr, auch Fußgänger-
verkehr gesperrt.
3. **Zuschauer** dürfen sich nur an den von Polizei-
und Fortschüßpersonal angewiesenen Plätzen aufhalten
und **den Wald außerhalb der Wege nicht betreten.**
Den Weisungen dieses Personals ist unbedingt nach-
zukommen.
4. Das Mitbringen von **Hunden** und das **Besteigen**
von **Bäumen, Schutzhütten** usw. ist **verboten.**
5. Der **Verkehr mit Kraftfahrzeugen** ist auf sämt-
lichen **Wegen des Hardwalds und des ehem.**
Wildparks mit Ausnahme der Hintzheimer Land-
straße und der Strasse Eggenstein-Hagsfeld **verboten.**
Die **Zufahrt** zur Heimstraße hat **von Hagsfeld her**
auf der Strasse nach Eggenstein zu erfolgen, die **Rück-
fahrt** nach Schluß des Rennens **über Eggenstein.**
6. **Zwischenhandlungen** gegen die vorstehenden An-
ordnungen werden bestraft. R. 713

Karlsruhe, den 25. September 1924
Bezirksamt Abt. II a D. 3. 919.

G. Braun

vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
G. m. b. H.
Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 14

**Modern eingerichtete leistungsfähige
Buchdruckerei**

Herstellung von Druckarbeiten jeder
Art: Aktien, Wertpapiere, Pro-
spekte, Kataloge usw. in einfacher
bis feinsten Ausführung, in deut-
schem und fremdsprachlichem Satz

Aufklärung!

Die neugegründete Firma A. u. H. Kretschmar, Schirmgeschäft, Kaiser-
straße 82a, sucht in Zeitungsnotizen den Anschein zu erwecken, als wenn
durch sie die seit 1840 bestehende Schirmfabrik Wilhelm Kretschmar,
vormals C. Wohlschlagel, die unterm 11. 8. 19 von mir mit Aktiva und
Passiva, samt Inventar und Firma käuflich erworben wurde, jetzt von
ihr in gleicher Weise weitergeführt würde. — Demgegenüber ist zu be-
tonen, daß diese neugegründete Firma in keinerlei Beziehung
mit der alten seit 1840 bestehenden Firma Wilhelm Kretschmar Nach-
folger Andreas Weinig jr. steht und daher keinerlei Recht hat, dem
Publikum glaubhaft zu machen, es handle sich um die Fortsetzung der
alten, von mir in der Karl-Friedrichstraße 21, am Rondellplatz weiter-
geführten Firma. D617

**Schirmfabrik W. Kretschmar Nachf.
Andr. Weinig jr.**

Karlsruhe Karl-Friedrichstraße 21 Telephon 5476

Schirme in allen Preislagen.
Schirmreparaturen, Ueberziehen schnell und billig.

Vom 1. Oktober 1924 an erscheint wieder allmonatlich als 5. Jahrgang:

**Die Frau
und ihr Haus**

Herausgegeben von der Werbestelle für deutsche Frauenkultur Köln

Wirkungsgebiete: Kleidung, Wohnung, Wirtschaft, Körperpflege, Erziehung, Volkswohlfahrt

Programm: „Die Frau und ihr Haus“ bringt Hausfrauen und Berufsfrauen in Stadt
und Land Anregungen — für ihre Entlastung — für ihre Entwicklung — damit sie freier
werden für wesentliche Aufgaben in der Gemeinschaft — im Volksganzen — damit sie
ihrer Verantwortung gemäß, zielsicher, in freudiger Lebensbejahung mitschaffen können
an lebendiger Entfaltung deutschen Volkstums.

Einige Urteile:

Gesundbrunnentafel des Därebundes: „Ein heilsames Blatt voll gesunder, ernster und
froher Anregungen. Die Modebilder rechnen wir mit zu den geschmackvollsten und hübschesten, die
wir in solchen Fachblättern je kennen lernten. Fast jedes Heft bringt angenehme Überraschungen,
seine Lösungen für alt und jung, für nähende, schneidernde, stidende Bräute, Mütter und Tanten.
Mit gutem Gewissen empfehlen wir deshalb „Die Frau und ihr Haus.“

Dr. Erna Barschak: „... sie scheint mir für die Lehrkräfte der Mädchenfortbildungsschule recht
geeignet. ... ich glaube bestimmt, daß unsere Lehrerinnen viel Unterricht aus der Zeitschrift
schöpfen können.“

Kölnische Volkszeitung: „... sie verdient in der Reihe der Frauenzeitschriften besondere
Beachtung.“

Bezugspreis: Halbjahr (6 Hefte) M. 3.—, Ganzjahr (12 Hefte) M. 5.—, Einzelhefte M. —.60.
Probehefte und ausführliche Druckfache kostenfrei.

Verlag G. Braun G. m. b. H. in Karlsruhe
Karl-Friedrichstraße 14.

Druck G. Braun, Karlsruhe.